Änderung des Gesundheitsgesetzes

Kurzinformation

Die Änderung des Gesundheitsgesetzes

- führt im Bereich des **Tabakkonsums** zu einem **wirksamen Jugendschutz** und zum **Schutz vor Passivrauchen**;
- erlaubt **Anpassungen an veränderte Verhältnisse** beim Vollzug des eidg. Transplantationsgesetzes, bei Patientenrechtsbeschwerden gegenüber dem Personal im öffentlichen Spitalbereich sowie bei der Ethikkommission.

Der Kantonsrat hat dieser Vorlage mit 66 : 10 Stimmen zugestimmt.

Um was geht es?

Bei der vorliegenden Änderung des Gesundheitsgesetzes steht die **wirksame Tabakprävention** im Vordergrund. Sowohl der **Jugendschutz** als auch der **Schutz vor Passivrauchen** sollen im Interesse der Gesundheit mit folgenden Massnahmen verbessert werden:

- **Verkaufsverbot von Tabakwaren** an Kinder und Jugendliche **unter 16 Jahren**.
- **Verbot von Werbung und Sponsoring für Tabak** auf öffentlichem Grund, auf privatem Grund, wenn dieser vom öffentlichen Grund eingesehen werden kann, in Kinovorführungen sowie an Kultur- und Sportveranstaltungen.
- **Rauchverbot** in geschlossenen Räumen, die der Öffentlichkeit zugänglich sind.

Beim **Rauchverbot** sollen die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger zwischen zwei Varianten wählen können. Mit **Variante 1** gilt das Rauchverbot in den geschlossenen Räumen der öffentlichen Verwaltung, der Spitäler, Heime, Sportstätten, Schulen, Kindergärten und anderen Bildungsstätten. Bei **Variante 2** sind **zusätzlich die Gastronomie und die Kulturstätten** dem Rauchverbot unterworfen. In beiden Varianten geht es um den Schutz vor Passivrauchen und keinesfalls um eine Diskriminierung der Rauchenden. Deshalb besteht in allen Gebäuden die Möglichkeit, **für Rauchende** getrennte und **entsprechend gekennzeichnete Räume** mit ausreichender Belüftung einzurichten. Die Übergangsfrist zur Umsetzung des Rauchverbots beträgt zwei Jahre ab Inkrafttreten der Gesetzesänderung.

Neben der Tabakprävention enthält die vorliegende Gesetzesänderung **Anpassungen an veränderte Verhältnisse**:

- Der Bund hat am 8. Oktober 2004 ein neues **Transplantationsgesetz** verabschiedet, das voraussichtlich auf den 1. Januar 2007 in Kraft treten wird. Gemäss diesem Gesetz haben die Kantone eine unabhängige Instanz zu ernennen, die bei urteilsunfähigen oder unmündigen Personen allfällige Ausnahmen vom Verbot der Entnahme regenerierbarer Gewebe und Zellen beurteilen muss. Als unabhängige Instanz wird das Departement des Innern bezeichnet, weil das Fachwissen über medizinische und vormundschaftliche Fragen in diesem Departement vorhanden ist.

- Bezüglich **Patientenrechtsbeschwerden** gegenüber dem Spitalpersonal wird das Gesundheitsgesetz den veränderten rechtlichen Verhältnissen im öffentlichen Spitalwesen des Kantons Solothurn angepasst. Die Patientenrechtsbeschwerden im öffentlichen Spitalbereich sind künftig an die Solothurner Spitäler AG zu richten.
- Bezüglich der **Ethikkommission** wird mit einer offeneren Formulierung der Tatsache Rechnung getragen, dass ab 2006 die Ethikkommission des Kantons Aargau auch für den Kanton Solothurn zuständig ist.

Da diese Anpassungen an die veränderten Verhältnisse völlig unbestritten sind, wird auf zusätzliche Ausführungen zum Gesetzestext verzichtet.

Erläuterungen zur Tabakprävention

Wie ist die Situation heute?

Rund ein Viertel der Jugendlichen zwischen 14 und 19 Jahren raucht. 95% der Personen, die vor dem 20. Lebensjahr zu rauchen beginnen, konsumieren später täglich Tabakprodukte. Ebenso wird die Wahrscheinlichkeit des späteren Konsums illegaler Drogen durch das Rauchen erhöht. Deshalb muss ein wirksamer Jugendschutz ein konsequentes Verkaufsverbot von Tabakwaren an Jugendliche unter 16 Jahren beinhalten. Zwar ist heute gemäss Gesetzgebung auf Bundesebene die Werbung für Tabakprodukte in Radio und Fernsehen verboten, ebenso jegliche Werbung, die sich speziell an Jugendliche unter 18 Jahren richtet. Diese Regelung enthält jedoch zahlreiche Lücken, weshalb Kinder und Jugendliche von der Tabakwerbung noch immer erreicht werden. Der Einfluss der Werbung auf das (spätere) Konsumverhalten von Kindern und Jugendlichen ist besonders gross.

Auf freiwilliger Basis hat sich der Schutz vor Passivrauchen in öffentlichen Räumen in den letzten Jahren unterschiedlich entwickelt. In der öffentlichen Verwaltung, in Spitälern, in Schulen und teilweise auch in Heimen ist dieser Schutz oft gewährleistet. Hingegen ist diese Entwicklung in Kulturstätten und in der Gastronomie weit weniger fortgeschritten.

Was bewirkt die Änderung?

Es ist heute unbestritten, dass selbst das Passivrauchen schwerwiegende gesundheitliche Schäden verursacht. Dazu gehören Lungenkrebs, Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Asthma und Infektionen der Atemwege. In der Schweiz sterben jährlich mehrere Hundert Menschen an den Folgen des Passivrauchens. Deshalb ist der Schutz vor Passivrauchen ein zentrales gesundheits-politisches Anliegen.

Die Änderung des Gesundheitsgesetzes führt zu einer wirksamen Tabakprävention. Durch die im Gesetz enthaltenen Massnahmen werden der Jugendschutz und der Schutz vor dem Passivrauchen konsequent umgesetzt. Dies führt zu einer **Verbesserung der Gesundheit der Bevölkerung**. Zudem wird die Freiheit eines jeden Menschen geschützt, nicht passiv rauchen zu müssen, wenn er dies nicht will.

Die Massnahmen der Tabakprävention führen zu einem Rückgang des Tabakkonsums. Befürchtungen eines Verlustes von Arbeitsplätzen infolge des reduzierten Tabakkonsums sind unbegründet, weil das

freigewordene Geld für andere Konsumgüter ausgegeben wird. Angesichts der gravierenden gesundheitlichen Folgen des Rauchens bedeutet ein Rückgang des Tabakkonsums volkswirtschaftlich ohnehin einen Gewinn.

Wie sieht es in anderen Kantonen aus?

Die Tabakwerbung wurde bereits in mehreren Kantonen eingeschränkt (Basel-Stadt, Basel-Landschaft, Genf, Graubünden, St. Gallen, Thurgau und Zug). Ein Rauchverbot in geschlossenen Räumen wurde im Kanton Tessin beschlossen. Die Stimmberechtigten befürworteten am 12. März 2006 mit einem Ja-Stimmenanteil von 79% ein Gesetz, wonach öffentlich zugängliche Räume rauchfrei zu gestalten sind, was insbesondere auch für Gastronomiebetriebe gilt. In zahlreichen Kantonen sind Massnahmen der Tabakprävention in Vorbereitung oder in Beratung.

Argumente dafür? Argumente dagegen?

Der **Jugendschutz** mit dem **Verkaufsverbot** von Tabakwaren an Kinder und Jugendliche ist unbestritten. Bei der **Werbeeinschränkung** wird teilweise die Meinung vertreten, es handle sich um einen unverhältnismässigen Eingriff in die Handels- und Gewerbefreiheit. Der Regierungsrat und die Mehrheit des Kantonsrates betrachten jedoch den Schutz der öffentlichen Gesundheit durch die Präventivwirkung der Werbeeinschränkung als wichtiger und vordringlicher.

Die Gegner eines **Rauchverbots** in geschlossenen Räumen, die der Öffentlichkeit zugänglich sind, erachten eine solche Regelung als unverhältnismässigen Eingriff in die Handels- und Gewerbefreiheit. Dies gilt insbesondere für den Gastronomiebereich, wo die Gegner eines Rauchverbots eine Regelung durch den Eigentümer bzw. den Betreiber befürworten. Der Schutz vor Passivrauchen auf freiwilliger Basis hat ungenügende Resultate gebracht. Da Passivrauchen unbestrittenermassen zu schweren gesundheitlichen Schäden führt, befürworten der Regierungsrat und eine klare Mehrheit des Kantonsrates eine staatliche Regelung. Länder wie Italien, Irland, Norwegen und Schweden haben mit einem generellen Rauchverbot im Gastronomiebereich sehr gute Erfahrungen gemacht. Dazu gehört auch der Schutz des Servicepersonals vor Passivrauchen.

(Kasten:)

Die Abstimmung findet nach dem Verfahren mit bedingter Eventualabstimmung statt. Die Stimmberechtigten können beim **Rauchverbot in geschlossenen Räumen**, die der Öffentlichkeit zugänglich sind, zwischen folgenden zwei Varianten wählen:

Variante 1: Rauchverbot in der öffentlichen Verwaltung, in Spitälern, Heimen, Sportstätten, Schulen, Kindergärten und anderen Bildungsstätten;

Variante 2: Rauchverbot **zusätzlich** in allen Bereichen der Gastronomie und in Kulturstätten.

Für den Fall, dass beide Varianten angenommen werden, wird die Stichfrage gestellt, welche Variante in Kraft treten soll.

Über diesen Beschluss stimmen Sie ab:

Kantonsratsbeschluss

Vom 30. August 2006
Nr. RG 068/2006

Änderung des Gesundheitsgesetzes

Der Kantonsrat von Solothurn, gestützt auf Artikel 35 Absatz 1 Buchstabe k), Artikel 35 Absatz 2 und Artikel 100 der Verfassung des Kantons Solothurn vom 8. Juni 1986¹⁾ sowie § 74 des Gesetzes über die politischen Rechte vom 22. September 1996²⁾, nach Kenntnisnahme von Botschaft und Entwurf des Regierungsrates vom 20. Juni 2006 (RRB Nr. 2006/1184), beschliesst:

I.

Das Gesundheitsgesetz vom 27. Januar 1999³⁾ wird wie folgt geändert:

Als § 6^{bis} wird eingefügt:

§ 6^{bis}.b) Tabakprävention

¹⁾ Der Verkauf von Tabakwaren an Kinder und Jugendliche unter 16 Jahren ist verboten. Das Verkaufspersonal kann in Zweifelsfällen einen Ausweis verlangen, um das Alter des Kunden zu überprüfen.

²⁾ Der Verkauf von Tabakwaren über Automaten ist verboten. Vom Verbot ausgenommen sind Automaten, bei denen geeignete Massnahmen den Verkauf an Kinder und Jugendliche unter 16 Jahren verunmöglichen.

³⁾ Werbung und Sponsoring für Tabak ist verboten

- a) auf öffentlichem Grund;
- b) auf privatem Grund, der vom öffentlichen Grund eingesehen werden kann;
- c) in Kinovorführungen;
- d) an Kultur- und Sportveranstaltungen.

Variante 1:

⁴⁾ In geschlossenen Räumen, die der Öffentlichkeit zugänglich sind, wie in Gebäuden der öffentlichen Verwaltung, in Spitälern, Heimen, Sportstätten, Schulen, Kindergärten und anderen Bildungsstätten ist das Rauchen verboten. Getrennte und entsprechend gekennzeichnete Räume mit ausreichender Belüftung können für Rauchende vorgesehen werden.

Variante 2:

⁴⁾ In geschlossenen Räumen, die der Öffentlichkeit zugänglich sind, wie in Gebäuden der öffentlichen Verwaltung, in Spitälern, Heimen, Kultur- und Sportstätten, Schulen, Kindergärten und anderen Bildungsstätten und in allen Bereichen der Gastronomie ist das Rauchen verboten. Getrennte und

¹⁾ BGS 111.1.

²⁾ BGS 113.111.

³⁾ GS 94, 739 (BGS 811.1).

entsprechend gekennzeichnete Räume mit ausreichender Belüftung können für Rauchende vorgesehen werden.

Als § 36^{bis} wird eingefügt:

§ 36^{bis}. d) *Besonderer Schutz urteilsunfähiger oder unmündiger Personen*

¹ Urteilsunfähigen oder unmündigen Personen dürfen keine Organe, Gewebe und Zellen entnommen werden.

² Ausnahmen gemäss Artikel 13 Absatz 2 Buchstabe I des Bundesgesetzes über die Transplantation von Organen, Geweben und Zellen vom 8. Oktober 2004⁴) werden durch das Departement des Innern erteilt. Der Regierungsrat regelt das Verfahren auf dem Verordnungsweg.

§ 42 Absatz 1 Buchstabe b) lautet neu:

b) die Solothurner Spitäler AG gegenüber ihrem Personal.

§ 51^{bis} lautet neu:

§ 51^{bis}. d) *Ethikkommission*

Der Regierungsrat wählt eine kantonale Ethikkommission. Er kann die Ethikkommission eines anderen Kantons für zuständig erklären.

Als § 65 Absatz 3 wird eingefügt:

³ Für die Umsetzung des Verbots des Verkaufs über Automaten gemäss § 6^{bis} Absatz 2 und für die Umsetzung des Rauchverbots in geschlossenen Räumen, die der Öffentlichkeit zugänglich sind, gemäss § 6^{bis} Absatz 4 gilt eine Übergangsfrist von zwei Jahren nach Inkrafttreten der Gesetzesänderung.

II.

Der Kantonsrat unterstellt den Beschluss von sich aus gemäss Artikel 35 Absatz 1 Buchstabe k) der Verfassung des Kantons Solothurn der Volksabstimmung. Die Bestimmung von § 6^{bis} Absatz 4 wird in zwei Varianten der Abstimmung unterbreitet.

Diese Änderungen treten nach Annahme durch das Volk auf einen vom Regierungsrat zu bestimmenden Zeitpunkt in Kraft.

Im Namen des Kantonsrats

Herbert Wüthrich

Präsident

Fritz Brechbühl

Ratssekretär

Dieser Beschluss unterliegt dem obligatorischen Referendum.

⁴) SR

Der Regierungsrat empfiehlt Ihnen:

Der Kantonsrat empfiehlt Ihnen:

JA

JA

zur Änderung des Gesundheitsgesetzes